

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 4

Ausgegeben am 26. Oktober 1917

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Nach der Würzburger Tagung.

Von Heinrich Cunow.

Der Würzburger Parteitag hat seine Arbeiten beendete. Die Partei hat alle Ursache, mit seiner Leistung zufrieden zu sein, denn die Aufgabe, die ihm die Geschichte gestellt hat: die innere Sammlung der Partei nach schwerer Krise und ihre Selbstverständigung über die ihrer hartenden neuen Aufgaben durchzuführen, hat er im wesentlichen gelöst. Die Partei hat wieder eine feste politische Basis gefunden, von der aus sie den Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft zu führen vermag. Es beginnt ein neuer Lebensabschnitt in der Parteientwicklung. Ist auch der geistige Erneuerungsprozeß keineswegs abgeschlossen, so ist doch wieder die Bahn frei für den Kampf nach außen um die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes.

Die Vorbereitungen für den geplanten Würzburger Parteitag waren im August 1914 größtenteils getroffen, als der Ausbruch des schon seit langem am politischen Horizont drohenden Weltkriegs die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor eine das künftige Schicksal unserer Partei bestimmende schwere Entscheidung stellte. Sie entschied sich in der instinktiven Erkenntnis, daß eine Zerstörung und Vernichtung des in vierzigjähriger Friedensarbeit geschaffenen mächtigen deutschen Wirtschaftsaufbaus zugleich auch der deutschen Arbeiterklasse die Grundlage ihres ferneren Aufstiegs entziehen würde, für die Verteidigung der deutschen Lande und die Bewilligung der dazu erforderlichen Kriegskredite. Wir sagen absichtlich: »instinktive« Erkenntnis, denn es ist nicht ganz richtig, wie oft behauptet wird, daß die Fraktion nur ausführte, was immer in der Masse der Partei als selbstverständlich gegolten hatte. Und ebensowenig trifft zu, daß die ganze Fraktion in bewußter Konsequenz einer bestimmten politischen Zielverfolgung handelte. Wäre das der Fall gewesen, dann hätten nicht so bald viele Fraktionsmitglieder die eingeschlagene Bahn wieder verlassen und in der Partei jener leidige Zwist einsetzen können, der sie in eine ihre Existenzgrundlagen erschütternde Krise stürzte. Wohl mag bei einem Teil der Partei jene politische Auffassung schon lange vorgeherrscht haben, die in den Abstimmungen der Augusttage ihren Ausdruck fand, und es kann auch zugegeben werden, daß die Haltung, die die Mehrheit der Fraktion einnahm, ihrer bisherigen parlamentarischen Praxis entsprach; aber ebenso zweifellos ist, daß ihr Verhalten mit der Theorie, wie sie sich während der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege im größten Teil der Parteianhängerschaft niedergeschlagen hatte, im Widerspruch stand.

Zwischen der politischen Kampfpraxis der Partei, besonders der parlamentarischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der herrschenden Parteitheoretik war nach und nach eine starke Spannung entstanden. Eingeeengt durch die Verhältnisse und gedrängt von den Lebensbe-

dürfnissen der Arbeiterklasse, hatte die Reichstagsfraktion mehr und mehr die Bahn der sogenannten revolutionären Demonstration und des passiven Abwartens verlassen und war zu planmäßiger Mitarbeit an der Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände übergegangen; die Parteitheoretik hielt dagegen ohne Rücksicht auf den Wandel der Dinge an den Jugendtraditionen des Sozialismus und den überlieferten revolutionären Thesen fest und baute diese dogmatisch weiter aus.

Daraus erklärt sich auch die der sogenannten »Politik des 4. August« folgende Parteispaltung. Sie ist weit mehr das Resultat einer Krise der Parteitheorie als der Parteipraxis. Nicht jeder vermag, wenn die geschichtliche Entwicklung über seine Hoffnungssträume und Illusionen hinwegschreitet, seine Ideologie einer strengen Kritik zu unterziehen und sich in die anders geartete rauhe Wirklichkeit zu finden. Die Blätter der Geschichte unserer Partei wie vieler anderer Parteien beweisen, daß noch stets, wenn eine neue Entwicklungsperiode oder eine tiefgreifende Veränderung der sozialen Lebensbedingungen neue Kampfformen und Kampfstellungen forderte, ein Teil der Parteimitglieder den Wechsel nicht mitzumachen vermochte und jegliche Abweichung von den alten Traditionen als Prinzipienverrat betrachtete.

Wie sehr sich viele, die einst mit uns in Reih' und Glied standen, in einer bestimmten Ideologie festgefahren haben, zeigt nicht nur ihre Polemik gegen das »Umlernen«, obgleich der ganze geistige Entwicklungsprozeß der Menschheit sich als ein stetiges Umlernen darstellt, sondern auch die eigenartige Tatsache, daß sie, die theoretischen Revolutionäre, in dem heutigen furchtbaren Völkerringen nur das unsägliche Leid und Elend sehen, nicht aber seine gewaltige revolutionierende Wirkung auf den Gesellschaftszustand Europas und die mannigfachen Ansätze zur Durchführung sozialistischer Organisationsformen, die er unter schmerzlichen Wehen gebiert. Und für diese Beharrung im überlieferten geistigen Status quo beruft man sich auf Marx und Engels und auf ihre Geschichtsdiagnostik, die alle Ideologie als in stetigem Flusse befindlich, als ein fortgesetztes Umschlagen der einen Auffassung in die andere begreift. Oder man zeigt auf irgendwelche alten Parteitagbeschlüsse hin, obgleich die Partei im Verlauf ihrer Geschichte nicht nur einzelne Beschlüsse, sondern auch bereits ihre ganzen Programme mehrmals geändert hat.

Wie beispielsweise Friedrich Engels über die Heiligkeit von Kongreßbeschlüssen dachte, zeigt folgende Stelle aus einem Briefe, den er im November 1879, zu Beginn des Sozialistengesetzes, an Bebel gerichtet hat:

Der Kongreßbeschuß ist keine Entschuldigung. Wenn die Partei sich heute noch an alle alten in gemüthlicher Friedenszeit gefaßten Kongreßbeschlüsse binden will, so legt sie sich selbst in Fesseln. Der Rechtsboden, auf dem eine lebende Partei sich bewegt, muß nicht nur selbstgeschaffen, er muß auch jederzeit abänderbar sein. Indem das Sozialistengesetz alle Kongresse und damit die Abänderung der alten Kongreßbeschlüsse unmöglich macht, vernichtet es auch die bindende Kraft jener Beschlüsse. Eine Partei, der man die Möglichkeit abschneidet, bindende Beschlüsse zu fassen, hat ihre Gesetze nur in ihren lebendigen, stets wechselnden Bedürfnissen zu suchen. Will sie diese Bedürfnisse aber früheren Beschlüssen unterordnen, die jetzt starr und tot sind, so gräbt sie ihr eigenes Grab.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die abgesplitterte Parteigruppe der »Unabhängigen« konsequent die alte Ideologie vertritt, noch daß unsere

Partei bereits eine neue feste theoretische Basis gefunden hat. Der Krieg hat manche alten Illusionen und Thesen über den Haufen geworfen und neue Probleme in den Vordergrund geschoben. Die alte Theorie ist strittig geworden, die neue, sich auf neugesammelten Erfahrungen und Erkenntnissen aufbauende, noch im Werden begriffen. Um so nötiger war für unsere Partei die innere Selbstverständigung über die bisher von dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion eingeschlagene Bahn. Es galt, über das Vorgefallene kritisch abzurechnen und zugleich die Haltung festzulegen, die die Partei zu den nächsten drängenden Aufgaben einnehmen soll.

Zu diesem Zweck wurde der Würzburger Parteitag einberufen, und dieser Zweck hat naturgemäß auch seinen Verhandlungen den Stempel aufgeprägt: die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten und der inneren Streitfragen, die Erörterung der vom Parteivorstand getroffenen Maßnahmen und die Fraktionspolitik haben den größten Teil der Sitzungen in Anspruch genommen. Wir haben früher oft bedauert, daß auf den Parteitagen die Behandlung der inneren Parteiangelegenheiten zu viel Zeit in Anspruch nahm und dadurch die Stellungnahme zu den politischen Zeitereignissen in den Hintergrund gedrängt wurde; diesmal war jedoch die eingehende Diskussion der ganzen inneren Parteierhältnisse eine Notwendigkeit, eine Voraussetzung der neuen Konsolidation, denn allzu viele Mißverständnisse, Anschuldigungen, Verdächtigungen hatten sich in den abgelaufenen Kriegsjahren aufgehäuft, als daß sie einfach beiseite geschoben werden könnten. Bevor mit den neuen Aufgaben begonnen werden konnte, mußte gewissermaßen erst reiner Tisch gemacht werden.

Eine zeitraubende Diskussion des inneren Parteihaders war demnach unvermeidlich. Alles, was verlangt werden konnte, war eine gewisse Zurückhaltung der Redner, die Beschimpfungen vermied und die vorhandenen Gegensätze nicht durch gehässige Unterschiebungen erweiterte. Und in den meisten Reden trat denn auch ersichtlich das Bestreben hervor, den Parteizwist als Folge einer Verschiedenartigkeit der Auffassungen und der Temperamente zu begreifen, und den früheren Mitkämpfern keine ehrlosen Motive zu unterschieben. Wenn es trotzdem vereinzelt zu heftigen Worten kam, so deshalb, weil einige mit ihren Sympathien auf der Seite der Unabhängigen stehenden Debatter mehrfach alte Beschuldigungen gegen die Politik des Parteivorstandes in ganz allgemein gehaltener Fassung wiederholten, ohne daß sie der Aufforderung, ihre Anschuldigungen durch Angabe von Tatsachen zu begründen, irgendwie zu genügen vermochten. Deutlich zeigte sich — eine Tatsache, die sich schon in früheren Stadien des Parteizwistes dem Beobachter aufdrängte —, daß ein wesentlicher Teil der Unabhängigen und der mit ihnen sympathisierenden Elemente nicht durch bestimmte politische Gründe, sondern durch Stimmungen oder Verstimmungen zu ihrer Haltung bestimmt wird. Gerade dagegen läßt sich aber am schwersten ankämpfen. Gründe lassen sich widerlegen, unrichtige Folgerungen richtigstellen, bloße Sentiments nicht. Der Politiker, soweit er nicht selbst bloßer Gefühlspolitiker ist, fordert als Beweis Tatsachen; den Sentiments steht er als etwas Unfaßbarem gegenüber, das er nicht zu packen vermag. Daher verbittert das Ausspielen bloßer Stimmungen fast stets eine Diskussion

Zu dem ruhigen Verlauf der Auseinandersetzungen hat nicht zum wenigsten die eindringliche Eröffnungsrede und der ausführliche Vorstands-

bericht des Genossen Ebert beigezogen, durch den sofort zu Beginn der Tagung die Verhandlungen auf ein gewisses Niveau gehoben und ihnen die Richtung gewiesen wurde. Zwar kritisierte Ebert in scharfen Worten die hinterhältige Weise, wie die einstige Minderheit die Parteispaltung betrieben hatte, und wies energisch den Vorwurf zurück, die »Gewalt-politik« des Parteivorstandes hätte gewissermaßen die Unabhängigen wider Willen zur Ausscheidung aus der alten sozialdemokratischen Fraktion und Partei gezwungen; aber er vermied alle Verunglimpfungen und ging über die ärgsten Unerquicklichkeiten des inneren Zwistes schnell hinweg.

Der Schilderung der inneren Krise und ihrer Schädigung des Partei-lebens folgte als Gegenstück die Darlegung der rastlosen Friedensarbeit des Parteivorstandes, seiner Bemühungen um den Wiederezusammentritt der Internationale und seine Beteiligung an den Vorarbeiten für den geplanten Stockholmer Friedenskongress. Ausführungen, an die sich eine scharfe Kritik der Reichsregierung schloß. Wiederholt unterstrich Ebert die schon in der Eröffnungsrede ausgesprochene Absage an das Regime Michaelis-Selfferich-Capelle, dessen Leistungsergebnisse er als den völligen Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems bezeichnete. Der stürmische Beifall, den er mit dieser Charakterisierung des Ersatz-Reichskanzlers und seiner beiden gleichwertigen ministeriellen Substituten fand, glich fast der stürmischen Zustimmung, die am Freitag Scheidemanns Äußerung auslöste, das Michaelische Regiment sei total unfähig. Beide Vorfälle zeigten, welche Hochschätzung sich der jetzige Reichskanzler und preußische Ministerpräsident durch die seltsamen Nachweise seiner politischen Befähigung und die Duldung der konservativen Wahlverschleppungstaktik in Preußen bei der Arbeiterschaft erworben hat.

Die durch den Vorstandsbericht eingeleitete Erörterung der inneren Parteifragen hat die ersten drei Tage der Parteitagwoche voll in Anspruch genommen, denn der dreistündige Bericht des Genossen David und seines Gegenreferenten Hoch über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hob diese Diskussion nicht auf, sondern schob sie nur auf ein anderes Geleise. Hatte vorher das Verhalten des Parteivorstandes zu den Spaltungsbestrebungen der ehemaligen Minderheit das Thema geliefert, so nun das Verhalten der Fraktion zu den Kriegskreditforderungen der Regierung. Neue Gesichtspunkte traten nicht hervor, wenigstens nicht für den, der den Streit im Parlament und in der Presse aufmerksam verfolgt hat; aber während dort Argument und Gegenargument meist getrennt und verstreut sind, traten sie hier in der Diskussion konkurrierend einander gegenüber, und diese Gegenüberstellung führte — darin liegt vielleicht die größte Bedeutung der Würzburger Tagung — zu einer immer festeren Geschlossenheit der großen Mehrheit der Delegierten, so daß, als schließlich am Mittwochabend die Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen erfolgte, die Resolution Hoch, die in der Hauptsache die Kreditablehnung fordert, von 284 abgegebenen Stimmen (Reichstagsabgeordnete und Vertreter von Parteiministationen durften nach den Satzungen nicht mitstimmen) nur 26 erhielt, die Mehrheitsresolution von 276 abgegebenen Stimmen hingegen 262.

Wie hart aber auch einzelne Redner aneinander gerieten, erhob sich doch siegreich über den Streit der Meinungen der Gedanke der Einheit. Nament-

lich von jenen Delegierten aus ländlichen und industriellen Wahlkreisen, die mit der Arbeiterbevölkerung enge Fühlung haben, wurde immer wieder be-  
 bestätigt, daß dort in der Anhängerschaft beider Richtungen der dringende  
 Wunsch einer Wiedervereinigung besteht. Das ist begreiflich. Die Verschieden-  
 heit der theoretischen und taktischen Ansichten, die zur Parteisplaltung ge-  
 führt hat, kennt man meist in den betreffenden Kreisen kaum, und da man  
 selbst nicht am Streit teilgenommen und die einzelnen Phasen seiner Ent-  
 wicklung nur aus weiter Distanz beobachtet hat, versteht man auch nicht die  
 gegenseitige Verstimmung, die dieser Kampf hinterlassen hat und notwendig  
 hinterlassen mußte. Dagegen sieht man deutlich, daß die Spaltung die Ar-  
 beiterbewegung hemmt, ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigt und für die  
 bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe nach dem Ende des Krieges die  
 Widerstandskraft der Arbeiterschaft schwächt.

Der Parteitag hat dieses Streben nach baldiger Wiedervereinigung als  
 berechtigt anerkannt und mit großer Mehrheit eine Resolution angenom-  
 men, in der es heißt: »Durchdrungen von der Überzeugung, daß eine er-  
 folgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossen-  
 heit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle  
 Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind.«  
 Freilich Grundbedingung einer jeden Wiedervereinigung, die nicht sofort  
 aufs neue zur Spaltung führen soll, ist die Anerkennung des Grundsatzes,  
 daß zwar jedem innerhalb der Partei freisteht, seine Meinung zu äußern  
 und für diese zu werben, daß aber Beschlüsse, die satzungsgemäß von der  
 Mehrheit gefaßt worden sind, auch von der Minderheit eingehalten werden  
 müssen. Die Resolution stellt daher im weiteren auch die Bedingung: »Alle  
 Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forde-  
 rung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.«

Die alte sozialdemokratische Partei streckt also der Sezession die offene  
 Hand entgegen. Wird diese einschlagen? Die Antwort gibt bereits das  
 »Mitteilungsblatt« der Berliner Unabhängigen, indem es erklärt:

Sentimentale und wohlmeinende Leute möchten gern an einem Riß herum-  
 flicken und kleistern, an dem es nichts mehr zu kleistern und zu flicken gibt. Denn  
 der persönliche Groll hüben und drüben, der Haß wegen erlittenen Unrechts auf  
 der einen, die verletzte Eitelkeit machtbewußter und in ihrer Existenz bedrohter  
 Parteibureaokraten auf der anderen Seite sind ja nur besonders verbitternde Be-  
 gleiterscheinungen und Nebenwirkungen der Parteisplaltung. Ausschlaggebend bleibt  
 die Grundauffassung über Wege und Ziele der sozialdemokratischen Bewegung.  
 Diese Auffassung läßt sich kurz und drastisch in die beiden Parolen zusammen-  
 fassen: hier nationalsoziale Reformpartei! hier internationale revolutionäre Sozial-  
 demokratie! . . .

Das letzte Wort in der Einheitsfrage haben die Arbeitermassen und nicht die  
 Beschwichtigungshofräte und die Versöhnungsapostel in Würzburg zu sprechen.

Noch hat der Zwist in der Partei nicht jene Reife erlangt, die zu seiner  
 Überwindung nötig ist. Die heutige Verstimmung muß erst durch die Zeit  
 abgeschliffen, durch das gelegentliche Zusammengehen bei Wahlen und wich-  
 tigen politischen Aktionen eine gewisse Annäherung hergestellt und durch  
 bittere Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte die Arbeiterschaft zu dem  
 festen Entschluß gelangen, in jedem Fall die Wiedervereinigung durchzu-  
 setzen — wenn es nötig sein sollte, unter Beiseiteschiebung des sich wider-  
 setzenden Teils ihrer Führer.

Durch die Debatten über die inneren Parteidifferenzen wurde die Beratung der als Broschüre vorliegenden vier Referate über die Demokratisierung des politischen Lebens von O. Landsberg, die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von Heinrich Cunow, die künftige Finanzpolitik des Deutschen Reiches von Wilhelm Keil und über unsere sozialpolitischen Aufgaben von Rudolf Wissell etwas in den Hintergrund gedrängt; doch kann das kaum als Nachteil gelten. Über die dringend nötige Reform der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung besteht innerhalb der sozialdemokratischen Partei keine Meinungsverschiedenheit, und die in den anderen drei Referaten aufgestellten Forderungen sind zunächst Zukunftsforderungen, die in ihrer Bedeutung ganz wesentlich von der Wirtschaftslage nach dem Kriege abhängen. Der Parteitag hat sie denn auch einer vom Parteivorstand einzusetzenden Kommission zum Zwecke der Aufstellung eines wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aktionsprogramms überwiesen.

Zunächst galt es, die Partei wieder auf festen Boden zu stellen. Das ist erreicht, so daß der Würzburger Parteitag einst in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als der Parteitag der inneren Konsolidation, als die Überwindung der Krise und Beginn einer Neuordnung des Parteilebens gelten wird. Durch die Absplitterung der intransigenten Elemente hat die Partei eine Geschlossenheit und Festigkeit erlangt, die sie früher nie besessen. Kampffähig steht sie wieder da, der Tatsache gewiß, daß das große Prinzip des Sozialismus alle Verwicklungen der augenblicklichen Lage überdauern wird.

## Höhere Grundlöhne oder Steuerungszulagen?

Von Emil Dittmer.

Die deutschen Gewerkschaften sind seit Anfang 1917 in glänzender Aufstiegs begriffen. Besonders das zweite Quartal 1917 brachte den größeren Verbänden wahre Rekordziffern. So hat, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die Organisation der Metallarbeiter um 33 000 Mitglieder zugenommen, der Fabrikarbeiter um 8000, der Bauarbeiter um 7000, der Holzarbeiter um 4000, der Bergarbeiter um 13 000, der Textilarbeiter um 6000 usw. Zieht man die schwer hemmenden Kriegsverhältnisse in Betracht, so ist die Werbekraft des Organisationsgedankens geradezu erstaunlich. Aber auch vom dritten Quartal berichtet die Gewerkschaftspressen aller drei Richtungen (freie, christliche, Hirsch-Dunckersche) über eine ähnlich rasche Aufwärtsentwicklung. Der Triumph der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« und der ihr nahestehenden Tagespresse über den »Niedergang der Arbeiterorganisationen« war also verfrüht und verfehlt.

Damit treten die deutschen Gewerkschaften in eine neue Phase. Bislang galt ihre Tätigkeit fast ausschließlich der Abwehr fortdauernder Verschlechterung der Lebenshaltung. Jetzt muß darüber hinaus versucht werden, mit allen verfügbaren Kräften die errungenen Positionen zu befestigen. Schon sind die Unteren eifrig an der Arbeit, für die nötige Stimmung zum »Abbau der Kriegslöhne« zu sorgen. Die »Berliner Börsenzeitung« meinte kürzlich:

Je näher wir dem Frieden und der Wiederherstellung der Weltmarktbeziehungen für Deutschland kommen, müssen wir doch auch unbedingt auf einen Ab-